

Breslauer Zeitung.

Biertäglicher Monatspreis in Breslau 7 Thlr. außerhalb incl.
Post 2 Thlr. 25 Gr. Inspektion Gebühr für den Raum einer
fünfhundert Seile in Postkarte 1½ Gr.



Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Lieferen übernehmen alle Post-
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 572. Mittag-Ausgabe.

Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 6. December 1867.

Deutschland.

Berlin, 5. Dec. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem pensionierten katholischen Hauptlehrer Flattner zu Köln den Roten Adler-Orden vierter Klasse, sowie dem Posthalter Limberg zu Calau und den Feldwebel-Sergeanten Fietz und Bachet der Schloss-Garde-Compagnie den Königl. Kronen-Orden vierter Klasse verliehen.

Berlin, 5. Decbr. [Se. Majestät der König] nahmen heute die Vorträge des Kriegsministers, des Generals von Podbielski und des Generals von Tresckow entgegen, und empfingen um 4 Uhr den Minister-Präsidenten.

[Se. Königl. Hoheit der Kronprinz] begab sich vor gestern, Dienstag, um 1/4 Uhr, nach Berlin, erkundigte sich persönlich nach dem Besinden der Fürstin Putbus und dinierte hierauf bei Ihren Majestäten. Um 7 Uhr kehrte Se. Königl. Hoheit nach Potsdam und dem Neuen Palais zurück.

[Ihre Königl. Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin], die Kronprinzen Kinder, sowie der gesammte Hofstaat Ihrer Königlichen Hoheiten sind am heutigen Tage, Donnerstag, den 5. d. M., vom Neuen Palais bei Potsdam nach Berlin übergesiedelt. (St.-Anz.)

[Se. E. H. der Prinz Friedrich Carl] ist heute Morgen aus Hannover wieder hier eingetroffen.

[Berufung.] Wie die „Danz. Z.“ erfährt, ist der Appellationsgerichts-Rath Siebens in Marienwerder (früher Commerz- und Admiralsrat bei dem Danziger Handelsgericht) als Hilfsarbeiter in das Handelsministerium berufen worden.

[In conservativen Kreisen des Abgeordnetenhauses wird jetzt die Frage wegen der Abschaffung der Diäten für das Abgeordnetenhaus ventiliert.

[Von den wiener Arbeitern] ist an den Abgeordneten Schulze-Delitsch folgendes Telegramm eingesandt worden: „Begeistertes Hoch an Sie und die Arbeiter Deutschlands von 2000 Arbeitern des Wiener Arbeitertages. Präsident Engelbert Keppler.“ Von Hrn. Schulze erfolgte umgehend die Antwort: „Dem Wiener Arbeitertag, Gott deutscher Geistes und deutscher Sitte im großen Österreich, brüderlichen Gruß. Schulze-Delitsch.“

[Bezüglich der preußischen Ratifications-clausel] wird dem „Nürnberg. C.“ aus München geschrieben:

Die bairische Staatsregierung hat gegen die eigenmächtige Einführung einer in den Verhandlungen nicht einmal erwähnten Bedingung in die Bollvertragsratificationsurkunde förmlichen Protest erhoben. Wie man aus dem Regierungsblatt, in welchem diese Verträge abgedruckt sind, er sieht, wurde die Klausel auch vollständig unterdrückt und als nicht bestehend erachtet. Die Klausel auch vollständig unterdrückt und als nicht bestehend erachtet. Die württembergische Staatsregierung, welche mit gleicher Überraschung in der ihr übergebenen Urkunde die extemporäre Klausel sah, schlug einen anderen Weg ein: sie forderte von Preußen Erklärung über diese Verlezung jeder diplomatischen Form; darauf wurde ihr der Beifall, daß man in Berlin sieht, wo die Kammer in Stuttgart in einer für Preußen befriedigenden Weise die Schutz- und Freundschaftsbeschlüsse besprochen, die Klausel selbst für gegenstandslos erachtete.

[Ernennungen.] Die bisherigen Regierungs-Referendarien Freiherr v. Bodig-Neulrich zu Breslau, Prinz Nikolaus Handjery zu Potsdam, v. Usedom zu Stralsund, v. Dallwitz zu Frankfurt a. O. sind auf Grund der beständigen dritten Prüfung zu Regierungs-Assessoren ernannt worden.

O. C. [Der Referent der Budgetcommission über das Creditgesetz. Abg. Zweiten] hat seinen schriftlichen Bericht über die vielbefürchtete Behandlung in der vorigen Woche noch nicht ausgearbeitet, weil ihm bisher das vollständige Protokoll mit den Erklärungen des Ministerpräsidenten, auf deren authentische Fassung in diesem Fall viel ankommt, noch nicht vorlag. Auch ist anzunehmen, daß durch die bevorstehende Vorlegung der Verträge mit den depositarirten Fürsten nebst einer Denkschrift, welche ihren Abschluß motiviert, die Verhandlungen der Budgetcommissionen über diesen Gegenstand von Neuem wieder aufgenommen werden müssen. In der Commission war die Vorlegung der Verträge in Aussicht gestellt, falls daß Haus sie in seiner Mehrheit verlange: jetzt erwartet man sie am Montag ohne ein solches Datum des Hauses. Sogar die Einbringung einer besonderen Vorlage, die Entschädigung betreffend, außerhalb des Rahmens des ursprünglichen Creditgesetzes, wird von mancher Seite nicht für unumgänglich gehalten.

[Die Budgetcommission] genehmigte heute den Gesetzentwurf, betreffend das Rechnungswochen in den neuen Landesteilen mit Ausgleich Frankfurt, bis auf kleine redaktionelle Änderungen. Bekanntlich soll dasselbe für 1867 oder genauer vom 1. October bis 31. December d. J. (die Commission hat dieser präziseren Bezeichnung des Zeitraums den Vorzug gegeben) durch besondere Rechnungsbehörden geführt werden und der Kontrolle der Ober-Rechnungskammer entzogen sein. Die Commission hat für die Prüfung der Rechnungen und die Entlastung statt dessen die Kontrolle der Landesvertretung vorbehalten, während gleichzeitig die Frage eröffnet wurde, ob jene Abweichung von der Bestimmung der Verfassung, welche die Prüfung der Rechnungen durch die Ober-Rechnungskammer vorschreibt und also auch für die neuen Landesteile vom 1. October d. J. ab bindend sein müsste, nicht die Bedeutung einer Verfassungsänderung hat, und als solche behandelt werden müsste. Im Plenum wird diese Frage unzweifelhaft zur Sprache kommen.

O. C. [Die Kronstitution und die Fortschrittspartei.] Dasjenige Mitglied der Kronstitutions-Commission, welches gegen das ganze Gesetz stimmte, war der Abg. Dr. Löwe, das zweite der Fortschrittspartei angehörige Mitglied der Commission, Dr. Birchow, hatte sich vor der Abstimmung entfernen müssen, würde sonst aber gleichfalls dagegen gestimmt haben. — Die Fortschrittspartei wird ihren dissidenten Standpunkt auch in der Plenarversammlung zum Ausdruck bringen; es wird nämlich von denselben, wie wir hören, zunächst folgender präjudizielicher Antrag eingebracht werden: „Überhaupt nicht eher in die Beratung des Gesetzes einzutreten, als bis 1) die Frage des Verhältnisses des Herzogtums Lauenburg zur preuß. Monarchie entschieden, und 2) die Frage, betreffend die Entschädigungen der Depositionen zur Aufrechterhaltung des Abgeordnetenhauses erledigt ist.“ Ein weiterer Antrag wird von dieser Seite vorbereitet, der dahin geht, die Staatsregierung zu ersuchen, daß sie zu sorgen, daß künftig auf den Statuten des norddeutschen Bundes eine Quote für Repräsentationskosten für den König von Preußen festgelegt werde, um das Mehr an Aufwand zu decken, welches durch die Geschäfte eines Präsidenten und Oberfeldherrn des Bundes entsteht. — Als eventuelle Anträge werden sodann wohl folgende eingebracht werden: 1) die Kronstitution nur für den gegenwärtigen König zu bewilligen und, wie dies in England der Fall ist, die Civilisten nach jedem Thronwechsel von neuem festzustellen; 2) die Apanagen für die einzelnen Prinzen gehörend auf den Statut zu bringen.

[Der Wortlaut des Gesetzes, betr. die Stempelsteuer für Kalender] lautet in der von der Commission amendirten Form: „Die Stempelsteuer von den für das Jahr 1869 und die folgenden Jahre erscheinenden Kalendern ist ohne Unterschied zwischen inländischen und ausländischen und zwischen Volks- und Luxus-Kalendern nach folgenden Steuersätzen zu entrichten: für Kalender in Quart, Octa und Duodec, englischen Schreib-Kalender 2 Sgr., für Kalender in kleineren Formaten, wie auch Tafel-Kalender 1 Sgr.“

(O. C.) [Die Commission für Handel und Gewerbe] beschäftigte sich heute mit Petitionen; über mehrere Petitionen für und gegen die Gewerbefreiheit wurde ohne Weiteres zur Tagesordnung übergegangen, weil die Gewerbegezegung seit der Emanation der Bundesverfassung nicht mehr zum Rechte des Abgeordnetenhauses, sondern des Reichstages gehört. Längere Debatten rief eine Petition hervor, die den Bau einer festen Brücke über die Memel bei Lüslit wünscht. In der Commission wurde jedoch die Ansicht gefestigt gemacht, daß die Kosten hierfür (3 Millionen) in gar keinem Verhäl-

nish zum augenblicklichen Nutzen ständen; und daß diese Frage wohl dann erst in nähere Erwähnung gezogen werden könne, wenn der Bau der Eisenbahn von Riga nach der Grenze weitere Fortschritte gemacht hätte. — Der Regierungs-Commissar meinte allerdings, daß die Provinz Preußen in nächster Zeit besonders stark bedacht werden müsse: man solle auf die vorliegende Frage aber dann erst näher eingehen, wenn das Eisenbahnnetz, das man von Westen nach Osten zu ziehen gedenkt, bis in die Gegend fortgeführt sei. Er stellte übrigens noch für diese Session eine Vorlage, betreffend den Bau der Polen-Thorn-Insterburger Bahn in Aussicht. Die Commission ging dann auch, sich diesen Gründen anschließend, über die Petition zur Tagesordnung über. — Mehrere Petitionen, worin Agenten von Versicherungs-Gesellschaften um die Erlaubnis bitten, Versicherungen auch für weitere Bezirke, als ihnen polizeilich gestattet ist, übernehmen zu dürfen, wurden der Regierung zur Erwähnung darüber überwiesen, ob es sich nicht empfehle, auf dem Gebiete des Versicherungswesens vollständige Gewerbefreiheit herzustellen.

[Die Petitions-Commission] beschäftigte sich heute mit der Aufstellung allgemeiner Grundsätze für die Commissionsberatung. Man entschied sich dafür, die Zahl der nicht ins Plenum zu bringenden Petitionen so möglich zu beschränken, und in allen Fällen, wo es sich um Prinzipienfragen handelt, jedenfalls Plenarberatung zuzulassen, damit sich die Petenten nicht mehr so häufig über oberflächliche Behandlung ihrer Petitionen beschweren. — Von Studirenden verschiedener Universitäten sind Petitionen um Ausschreibung der akademischen Gerichtsbarkeit eingegangen; zum Referenten hierüber ist Abg. Rancke erannt.

[Die Commission für Gemeinde-Angelegenheiten] beschloß in ihrer heutigen Sitzung hinsichtlich einer vorliegenden Petition, die Polizei-Verwaltung resp. das Schulenamt von den Lehrlingen zu trennen, dem Abgeordnetenhaus folgenden Antrag zu empfehlen: Die Petition der Königl. Staatsregierung mit der Aufforderung zu überwissen, im Anschluß an den im Jahre 1861 der Landesvertretung vorgelegten Gesetz-Entwurf, die Regularisierung der Angelegenheit baldigst weiter zu verfolgen. Die Commission sah daran, die in der vorigen Sitzung vertragte Beratung über die Petitionen vorzubereiten. — Die Commission für Gemeinde-Angelegenheiten beschloß in ihrer heutigen Sitzung hinsichtlich einer vorliegenden Petition, die Polizei-Verwaltung resp. das Schulenamt von den Lehrlingen zu trennen, dem Abgeordnetenhaus folgenden Antrag zu empfehlen: Die Petition der Königl. Staatsregierung mit der Aufforderung zu überwissen, im Anschluß an den im Jahre 1861 der Landesvertretung vorgelegten Gesetz-Entwurf, die Regularisierung der Angelegenheit baldigst weiter zu verfolgen. Die Commission sah daran, die in der vorigen Sitzung vertragte Beratung über die Petitionen vorzubereiten.

[Die Wahlfreiheit und das Versammlungsrecht in Ostpreußen.] Die „Wolfsztg.“ enthält nachfolgende amtliche Schreiben zum Abdruck:

I. Der Schulz Gabruweit in Daubaren wird hiermit, weil er seiner Gemeinde befohlen hat, gegen die Staatsregierung zu wählen, seines Amtes einzuweilen entsezt. Seine weitere Bestrafung bleibt vorbehalten.

Der erste Schöpfe Frank übernimmt heute das Schulzen-Amt.

II. Insterburg, den 27. October 1867.

Sie haben vor der letzten Wahl zum Kreistage (soll wohl beißen Reichstag) in Ihrer Wohnung eine politische Versammlung der Fortschrittspartei abhalten lassen und dabei den regierungssfeindlichen Einwirkungen auf die Wähler Worsch zu geleistet. Dies widergespricht Ihrer amtlichen Pflicht als Ortsvorstand und macht Sie des Vertrauens, welches Ihr Beruf erfordert, unwürdig. Mit Zustimmung der Königl. Regierung sehe ich deshalb eine Ordnungsstrafe von 3 Thlrn. gegen Sie fest und fordere Sie auf, dieselbe binnen 14 Tagen an die Königl. Kreislaß zu bezahlen.

Aehnliche Ungehödigkeiten würden in Bulkum durch erhöhte Strafen geahndet werden.

An den Gutsbesitzer und Ortsvorstand

III. Insterburg, den 27. October 1867.

Sie haben vor der letzten Wahl zum Kreistage (soll wohl beißen Reichstag) in Ihrer Wohnung eine politische Versammlung der Fortschrittspartei abhalten lassen und dabei den regierungssfeindlichen Einwirkungen auf die Wähler Worsch zu geleistet. Dies widergespricht Ihrer amtlichen Pflicht als Ortsvorstand und macht Sie des Vertrauens, welches Ihr Beruf erfordert, unwürdig. Mit Zustimmung der Königl. Regierung sehe ich deshalb eine Ordnungsstrafe von 3 Thlrn. gegen Sie fest und fordere Sie auf, dieselbe binnen 14 Tagen an die Königl. Kreislaß zu bezahlen.

IV. Insterburg, den 27. October 1867.

Die Darmstädter Frage.] In Paris spricht man jetzt von einer „Darmstädter Frage.“ Die ministerielle „France“ erfährt, daß die Darmstädter Regierung ein Rundschreiben vorbereitet, worin sie den auswärtigen Mächten über den Conferenzfall Aufklärung geben und gegen Preußens Prätention, die diplomatische Vertretung Hessens im Auslande absorbieren zu wollen, Protest erheben werde. Dies sei jetzt der Stand der darmstädterischen Frage.

[Die Stelle des Stadtgerichts-Präsidenten.] Was das Dementi betrifft, womit die „Kreuzzeitung“ ihre eigene Nachricht von der Ernennung des Hrn. v. Brandenstein zum Präsidenten des Stadtgerichts zu Berlin widerlegt, so hat sie sich damit offenbar zu viel gethan. Ein Mißverständniß hatte sie sich nur insofern zu Schulden kommen lassen, als sie die Ernennung, weil sie von einer, zumal in Justiz-Personalsachen, sehr einflußreichen Seite her dringend befürwortet ward, schon als geschickt bezeichnete. Davon abgesehen, hatte die Nachfrage so lange Vieles für sich, als nicht die eigentlichsten Verhältnisse eines Gerichtshofs in der Hauptstadt an entscheidender Stelle zur Gelung gekommen waren. Sobald indeß zur Erwähnung gebracht wurde, daß dem Dirigenten des Berliner Stadtgerichts persönliche Eigenarten nicht absehen dürfen, die ihm den regelmäßigen Verkehr mit einem fast ausschließlich bürgerlichen und gewerbetreibenden Gerichtspublikum nicht gerade unerwünscht und antipathisch erscheinen lassen, konnte von Herrn v. Brandenstein nicht füglich mehr die Rede sein. Wie wir hören, sollen auch die Verhandlungen dieser Personal-Angelegenheit den Justizminister so tief verstimmt haben, daß sein schon durch die anderweitigen Umstände motivirter Entschluß, zurückzutreten, hierin eine Unterstützung finden konnte. Uebrigens ist entstigt noch nichts entschieden.

Das 121. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter Nr. 6923 die Verordnung, betreffend die evangelischen militär-kirchlichen Angelegenheiten im XI. Armee-Corps, vom 12. October 1867; und unter Nr. 6924 das Privilegium wegen Ausgabe auf jeden Inhaber lautender Obligationen der Stadt Weisenberg, Regierungsbezirk Merseburg, zum Betrage von 40,000 Thalern, vom 21. October 1867.

Das 122. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter Nr. 6925 das Privilegium wegen Ausgabe auf jeden Inhaber lautender Obligationen der Stadt Wittenberg, Regierungsbezirk Merseburg, zum Betrage von 50,000 Thalern, vom 28. October 1867; unter Nr. 6926 den Allerbötesten Erlass vom 28. October 1867, betreffend die Verleihung der fiscalischen Vorrechte an die Gemeinden Groß-Nottmersleben, Adendorf und Klein-Santersleben im Kreise Neuhaldensleben, Regierungsbezirk Magdeburg, in Bezug auf den Bau und die Unterhaltung einer Gemeinde-Chaussee von Groß-Nottmersleben über Adendorf bis zur Neuhaldensleben-Kreisgrenze in der Richtung auf Gutenswegen; unter Nr. 6927 den Allerbötesten Erlass vom 28. October 1867, betreffend die Verleihung der fiscalischen Vorrechte an die Gemeinde Walbede, im Kreise Gardelegen, in Bezug auf den Bau und die Unterhaltung einer Gemeinde-Chaussee von der Weserlinde-Walbede-Schwanefelde Chaussee im Orte Walbede ab nach Helmstedt zu bis zur Walbede-Feldmarksgrenze; unter Nr. 6928 den Allerbötesten Erlass vom 30. October 1867, betreffend die Verleihung der fiscalischen Vorrechte an die Kreise Minden und Herford in Bezug auf den Bau und die Unterhaltung einer Kreis-Chaussee von Deynhoven, im Kreise Minden, über Exter, im Kreise Herford, bis zur Landesgrenze in der Richtung auf Salzuflen im Fürstentum Lippe-Detmold; unter Nr. 6929 die Verleihungsurkunde, betreffend den vierten Nachtrag zum Statut der Neisse.

Gumbinnen, 3. Dec. [Der frühere Abgeordnete Grenz] hat, wie bekannt, gegen das Erkenntniß des hiesigen Obergerichts, welches ihn zu einer Geldbuße von 100 Thlrn. verurtheilt, nicht appellirt; dagegen hat die hiesige Königl. Staatsanwaltschaft die Appellation gegen dasselbe eingelebt, da der Strafantrag ursprünglich auf eine höhere Geldbuße gerichtet war.

Altona, 5. Dec. [Preßprozeß.] Gegen die „Altonaer Nachrichten“ ist heute ein zweiter Preßprozeß von der Staatsanwaltschaft eingeleitet worden, und zwar wegen eines Artikels über die Amtsausübung von Zollbeamten.

Geestemünde, 3. Dec. [Marine.] Se. Majestät Corvette „Augusta“, welche in voriger Woche nach längerem Aufenthalt aus Wendes Dock entlassen wurde, hat Befehl, bis zum 5. December segelfertig zu sein, um nach Mexico abzugehen.

Wiesbaden, 3. Dec. [In der Spielbankfrage] ist als neu-

Brieger Eisenbahn-Gesellschaft. Vom 9. November 1867; und unter Nr. 6930 das Privilegium wegen Emission von Prioritäts-Obligationen der Neisse-Brieger Eisenbahn-Gesellschaft zum Betrage von zweihundertfünfzig Tausend Thalern. Vom 9. November 1867.

[Freiligrath-Dotation.] Bis zum 29. Novbr. waren beim Centralcomité eingegangen 34,448 Thaler.

= Berlin, 5. Dec. [Aus dem Bundesrath.] — Mecklenburg und der Zollverein. — Der Notstand in Preußen.

— Etats.] Der Bundesrath hielt gestern Mittag von 1—3½ Uhr unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers Graf Bismarck eine Plenarsitzung ab. Von hervortretendem Interesse waren die Ausschusserate über die Hypothekenfrage. Der Ausschuss war der Ansicht, daß der Bund zur Reform der Hypothekengesetzgebung nicht competent sei, daß aber in Bezug auf die Gründung von Hypotheken-Banken ein Enquête-Vorfahren einzuleiten wäre. Letzteres wurde beschlossen. Ebenso verständigte man sich in Bezug auf die Gesetzgebung zur Niederhaltung der Kinderpest dahin, daß die Administrativmaßregeln den Einzelstaaten zu überlassen seien, daß dagegen allgemeine Grundsätze namenlich über die Entschädigungs-Normen zu einem Bundesgesetz aufzustellen seien. Die Postverträge mit den süddeutschen Staaten, Österreich und Luxemburg, ein Vertrag über den geschlossenen Briefverkehr durch Österreich nach Italien und der Levante und umgekehrt den österreichischen Transit durch das norddeutsche Bundesgebiet nach dem Norden wurden vorgelegt und angenommen, ebenso ein Regulativ über den Postdienst auf den Staatsbahnen für die Dauer von acht Jahren. Endlich wurden noch Petitionen ohne erhebliches Interesse erledigt. Die nächste Sitzung des Bundesrates wird am Sonnabend stattfinden und danach eine Vertragung bis zur Beratung der Vorlagen für das Zollparlament eintragen. Wie man hört, erweisen sich die Ausgabe-Positionen für den Bundes-Militär-Etat als nichtzureichend. Der Grund dazu wird in den hohen Getreidepreisen gesucht, welche bei der Auflistung des Etats außer der Berechnung lagen. Es steht nun dahin, ob die Dekution durch Etatüberschreitung oder durch Sparmaßnahmen bewirkt werden kann.

— Die Zeitungen heilten in den letzten Tagen mit, daß seitens Sr. Maj. des Königs der Graf Bismarck zum Vorsitzenden des Bundesrates für den Zollverein ernannt worden sei. Dies wird mit dem Hinzugetragen bestätigt, daß diese Ernennung den Bundesregierungen mit der Anzeige notificiert worden, welche die Aufforderung überbrachte, für den Zollvereins-Bundestrath Commissare zu bestellen. Es ist anzunehmen, daß dazu dieselben Personen seitens der norddeutschen Staaten berufen werden, welche im Reichstage mit der Vertretung der Regierungen betraut sind. — Die Mittheilungen von Wiener Blättern über den Stand der Verhandlungen mit Frankreich wegen Entlassung Mecklenburg's aus seinem vertragsmäßig übernommenen Verpflichtungen, wodurch der Eintritt Mecklenburg's in den Zollverein ermöglicht wurde, werden uns von unterrichteter Seite als unrichtig bezeichnet. Frankreich, welches während der italienischen Unruhen die Frage ganz liegen lassen, macht jetzt eine so hohe Anforderung, daß ihre Erfüllung nur durch erhebliche Schädigung der Wein-Produktion des Zollvereins zu ermöglichen wäre, so daß der Eintritt Mecklenburg's in den Zollverein wohl für's Erste noch nicht erfolgen wird. Im Abgeordnetenhaus wird höchstwahrscheinlich schon morgen der Finanzminister eine Vorlage einbringen, welche den Zweck verfolgt, dem Nothstande der Provinz Preußen in umfassender Weise abzuheben. Es wird dies durch großartige Eisenbahnbaute erzielt, welche allerdings die Gewährung gro

Breslau, 6. Dec. [Wasserstand.] D. P. 17 f. — S. U. P. 3 f. 9 g.
Gisstand.

zu melben, daß auf ein von Berlin ergangenes Verlangen nun auch ein Vertreter von Ems dorthin abgehen wird, um das Interesse dieser Kurstadt zu vertreten; Wir wir hören, wird der Herr Bürgermeister von Ems selbst nach Berlin reisen.

München, 5. December. [Der Erzbischof] hat die Pfarrgeistlichkeit beauftragt, die Gläubigen zu einer Adresse an den König aufzufordern, in welcher derselbe gebeten werden soll, darauf hinzuwirken, daß die Mächte auf der Conferenz die Herrschaft des Papstes gegen Gefährdung schützen.

Oesterreich.

Wien, 5. December. [Die griechische Regierung. — Aus Serbien.] Die „Presse“ schreibt: Die griechische Regierung hat unmittelbar nach Rückkehr des Königs an die drei Schutzmächte Griechenlands eine Erklärung gerichtet, welche besagt, daß Griechenland mit aufrichtiger Genugthuung die Declaration Russlands für strenge Aufrechterhaltung des Nichtinterventions-Princips bezüglich der orientalischen Fragen begrüßt. Die gewissenhafte Durchführung dieses Princips fördere am besten die Interessen des Königreichs. Griechenland erwarte von einem gewaltigen Eingreifen in die natürliche Entwicklung der orientalischen Frage keinen Nutzen, sondern fürchte im Gegenteil, daß ihm Gefahren dadurch entstehen könnten. Die griechische Regierung hoffe, daß das Nichtinterventionsprincip auch auf die cretensche Frage Anwendung finden werde und vermeide daher jede Beeinflussung in dieser Angelegenheit, ohne jedoch die Sympathiebezeugungen der griechischen Bevölkerung Creta's verhindern zu können. — Nach dem „Tageblatt“ hat der Serbenfürst Michael dem frischeren Minister Garaschin eine Mission nach Wien übertragen, wobei er wichtige Eröffnungen machen soll. Eine andere Vertrauensperson des Fürsten geht nach London. — Die Pforte hat beschlossen, gegen die Auffständischen in Creta nicht die Offensive zu ergreifen und Hussein Pascha hat dem entsprechende Instructionen erhalten. Omer Pascha ist zur Übernahme des Ober-Commando's in Bosnien und der Herzogswina bestimmt. (T. B. f. N.)

Wien, 5. December. [Die Conferenz. — Schulbücher. — Concordat.] Gegenüber den Bemerkungen hiesiger Blätter über die Haltung der österreichischen Regierung in der Conferenzfrage erklärt die „Wiener Abendpost“, daß triftige politische Gründe die Regierung noch abhalten, in dieser Beziehung Ausklärungen zu geben. — Die „Wiener Correspondenz“ schreibt: Ein Erlaß des Unterrichtsministers vom 22. v. M. betont ausdrücklich, daß das Privilegium des Verlags der Schulbücher keineswegs Ausnahmen in dieser Beziehung ausschließe. Der Gebrauch anderer als der vorgeschriebenen Schulbücher in den Volksschulen sei gestattet, sobald auf eine von dem Lehrkörper ergangene Eingabe die Ermächtigung des Unterrichtsministers erfolgt sei. — Die Beziehungen zwischen dem Großherzog von Toscana und der Prinzessin Alice von Parma sind nunmehr unterzeichnet. Die Vermählung findet wahrscheinlich im Januar statt. — Wie mehrere Abendblätter melden, hat der Kaiser einer Deputation aus Mähren, welche unter Führung des Fürsten Salm und Grafen Belcredi eine Petition für Aufrechterhaltung des Concordats überreichte, die Antwort erhalten, er werde die Petition zur verfassungsmäßigen Behandlung dem Ministerium überweisen. — Dem „Fremdenblatt“ zufolge wird Graf Crivelli Anfangs nächster Woche nach Rom abgehen. Bezüglich der Unterhandlungen mit der Curie über die Aufhebung des Concordats soll neuerdings in Erwägung gezogen sein, ob es nicht für die Belebung dieser Angelegenheit vortheilhafter wäre, dieselbe durch einen außerordentlichen Bevollmächtigten statt durch den ständigen Gesandten führen zu lassen.

Großbritannien.

E. C. London, 2. Decbr. [Die Vertagung des Parlaments] wird, wenn nicht unvorhergesehene Hindernisse eintreten, am Freitag, den 6. d. M., stattfinden.

[Nach Abyssinien.] Die „Army and Navy Gazette“ schreibt: Fortwährend melden sich Freiwillige beim General-Commando, um, selbst ohne Gehalt, die abyssinische Expedition mitzumachen zu dürfen; doch werden alle derartigen, zumeist von Offizieren herrührenden Gesuche abschlägig bechieden, da die General-Commandantur die Wahl der Anstellungen dem commandirenden General Sir R. Napier anheimgestellt hat.

[Fenische.] Sir John Lethbridge, eines der angesehensten Mitglieder der Reformliga, hat dem Vorstande einfach geschrieben: „Streichen Sie gefälligst meinen Namen aus der Vereinelist. Ich habe den größten Abscheu gegen Fenierthum und geheime Gesellschaften.“ — In dem Zeugenverhör gegen den verhafteten Fenierführer Burke hat sich herausgestellt, daß derselbe zwischen dem 23. December 1865 und dem 13. Januar 1866 in Birmingham 250,000 Pfundstücke, 657 Revolver und etwa 700 Gewehre angekauft habe.

Posen, 5. Dec. Nach dem „D. pos.“ befindet sich der bei Mentana verwundete Graf Ed. Racynski, obgleich er 24 Stunden lang unbeachtet auf dem Kampfplatz gelegen hat, jetzt in der Wohnung des Dr. Feliciani in Rom, wohin ihn die Fürstin Odescalchi zu seiner Heilung bringen ließ, auf dem Wege der Befreiung und außer Gefahr. Der heil. Vater erkundigt sich täglich nach dem Zustande des Verwundeten. (Pol. B.)

[Der Auswurf von Bernstein] an der Danziger Küste ist in der letzten Zeit durch das fortwährende Ansauen und plötzliche Wiederzurkrietren der Ostsee ein so großer gewesen, daß die Bächer des Strandes allein an Fundgelb (½ des wirklichen Wertes) bedeutende Summen gehabt haben sollen. Unter dem gefundenen und an die Bächer abgelieferten Bernstein befinden sich einige Stücke von grossem Werthe.

[Falsche Fünfhalerscheine.] Es sind auch in letzter Zeit wiederholentlich falsche Fünfhalerscheine bei den örtlichen Banken angehalten worden. Dieselben tragen nicht mehr die bekannte Lindenauer'sche Nummer, ihre Nummern bewegen sich vielmehr alle innerhalb der Serie von 393,500 bis 393,600.

Telegraphische Bitterungsberichts vom 5. December.

S. D. t.	Baromet.	Therm.	Wind,	Richtung und	Allgemeine
	Pariser	Reamur.		Stärke.	Himmels-Ansicht.
6 Memel	339,2	1,0	W.	windstill.	Bedekt.
7 Königsberg	339,3	-0,9	O.	schwach.	Bedekt.
8 Stettin	339,3	-0,8	SO.	schw.	Bedekt.
— Ratibor	329,8	-1,0	O.	mäßig.	Bedekt.
— Münster	—	—	—	—	—
— Trier	333,3	-3,8	N.	schwach.	Bedekt.
— Flensburg	338,9	0,0	W.	schwach.	Heiter.
8 Paris	336,4	-4,1	SSW.	schw.	Fast bedekt.
— Havanna	—	—	—	—	—
— Helsingfors	335,7	1,9	Seb.	schwach.	Bedekt.
— Petersburg	336,3	0,0	SW.	mäßig.	Bedekt.
— Klostau	—	—	—	—	—
— Stockholm	336,6	1,44	WSW.	—	Bedekt. *)
— Studeński	—	—	—	—	—

*) Gestern Abend Wind schwach SSW. Maxim. +1,7. Minim. -9,8.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd.	Ba-	Aus-	Wind-	Weiter.
in Pariser Einheiten, die Temperatur der Luft nach Reamur.	rometer.	Temper-	richtung und	

Breslau, 5. Decbr. 1011. 21b. 329,45 | -1,0 | D. 1. | Trübe.

6. Decbr. 6. U. Wieg. 327,79 | -1,3 | D. 1. | Bedekt, Schnee.

Telegraphische Depeschen

aus dem Wolffschen Telegraphen-Bureau.

Florenz, 5. Dec. In der heutigen Eröffnungssitzung der Deputiertenkammer setzte Menabrea die Situation auseinander, kündigte die Amnestie an, bedauerte, daß bei der gegenwärtigen Lage der Dinge sich schlechtgesinnte Männer in das Gefolge wackerer Patrioten eingeschlichen hätten, und erklärt Rom für Italien so notwendig, wie Paris für Frankreich. Italien werde jetzt wie früher zum Einvernehmen mit Frankreich ohne Gewaltsamkeit nur durch moralische Mittel gelangen. Der Minister hebt die Notwendigkeit hervor, die Autorität wieder herzustellen, den Finanzzustand zu verbessern, das Budget zu votiren und die Monarchie zu befestigen. Morgen ist Präsidentenwahl.

Paris, 4. Dec. „Patrie“ schreibt: Nach unsern Correspondenzen aus Berlin hat kein Zwischenfall den Stand der Vorbeschreibungen über die Conferenzfrage geändert. Die drei noch nicht zustimmenden Großmächte machen die definitive Annahme von den Erklärungen abhängig, welche sie verlangt haben. Russland soll den Wunsch ausgesprochen haben, vor der Zustimmung abzuwarten, welche Haltung das italienische Cabinet einnehmen wird.

London, 5. Dec. Die heutigen Morgenblätter sprechen ihre Mithbilligung darüber aus, daß Präsident Johnson in seiner Botschaft seine Politik dem Congres gegenüber mit so großer Hartnäckigkeit aufrecht hält. — Graf Derby wird übermorgen abreisen.

Mecheln, 4. Decbr. Der Erzbischof von Mecheln, Cardinal Engelbert Sterk, ist heute Vormittag im Alter von 75 Jahren gestorben.

Paris, 5. Decbr. In der heutigen Sitzung des Corps législatif billigte der Deputierte Jérôme David die Expedition nach Rom, welche gerechtfertigt sei durch die aggressive Stellung, welche Italien dem Papstthum gegenüber einnahm, durch die Unantastbarkeit, die es Frankreich bewies, indem es einen Zeitpunkt wählte, wo es das letztere im Herwirksame mit Preußen und unverborenen glaubte. Frankreich müsse in Rom bleiben, bis die völlig veränderte Stellung und Handlungweise Italiens nicht mehr unsere Solidarität mit der päpstlichen Regierung involviert.

Die Bureaux haben die Interpellationen wegen des Eingangszolles in Paris und wegen der Angelegenheit der Municipalität von Lyon nicht genehmigt. (T. B. f. N.)

Paris, 4. Dec. Es hat neuerdings ein Conseil der Marchalle und Generale stattgefunden.

Der „Gendarb“ sagt, der König von Schweden habe der Conferenz zugestimmt, unter dem Vorbehalte, daß keine religiöse Controverse beabsichtigt sei. Der „Abend-Monitor“ analysiert in seiner Wochen-Rundschau die von Marquis de Moustier im Senat gehaltene Rede und sagt, dieselbe fasse mit Klarheit und Kraft die Rücksichten zusammen, welche die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Frankreich und Italien regeln. Das amtliche Blatt lobt die in der Rede des Ministers erwähnte Erhabenheit des Gedankens und den praktischen Charakter derselben, und konstatirt den günstigen Eindruck, welchen die Rede hervorgerufen habe.

Der „Monitor“ betrachtet den von dem Senat verirten Uebergang zur Lagesordnung als eine Bezeugung des Vertrauens, welches man sowohl in die Politik des Kaisers als auch in die Handlungen und in die Sprache der Minister setze.

London, 4. Dec. Einflußreiche englische Katholiken hatten gestern in der St. James-Halle ein Meeting veranstaltet, um ihre Sympathie für den Papst und die Notwendigkeit, die weltliche Macht derselben aufrecht zu erhalten, zum Ausdruck zu bringen. Der Erzbischof Dr. Manning führte den Vorsitz. Die von den Lords Denbigh und Arundel vorgebrachten Resolutionen des Inhalts, daß es die Pflicht jeder katholischen Macht sei, den legitimen Vater zu unterstützen, wurde einstimmig angenommen. Eine von Sir George Bowyer in Vorschlag gebrachte Adresse an den Papst wurde verlesen und angenommen. (T. B. f. N.)

London, 5. Decbr. Der Graf und die Gräfin von Flanders sind heute Morgen abgereist.

Bukarest, 5. Decbr. Der Franzose Picot, Secrétaire des Fürsten, ist plötzlich seines Dienstes entlohn. Demeter Bratianu, welcher morgen auf seinen Posten nach Paris reist, wird in Wien wegen Abschlusses einer Post-convention unterhandeln. (T. B. f. N.)

Telegraphische Course und Börsennotizen.

(Wolffs Telegr. Bureau.)

Paris, 5. December, Nachmittags 3 Uhr. Matt, angeboten, Consols von Mittags 1 Uhr waren 93 ¼ gemeldet. Schlüss-Course: 3 proc. Rente 69, 15. Italienische 5 proc. Rente 45, 80. Österreich. Staats-Eisenbahn-Acien 515, 00. Credit-Mobil.-Acien 160, 00. Lomb. Eisenbahn-Acien 351, 25. Deut. Anleihe von 1865 pr. cpt. 330, 00. 6 % Vereinigte Staaten-Anleihe pr. 1882 (ungest.) —

Paris, 5. December. [Bank-Nausweis.] Vermehrt: Baarborath 17%, Borstäbe 1 ½, Schatzzuhaben ½, Privatrechnungen um 13 Millionen Francs. Vermindert: Portefeuille 6%, Rentenumlauf 12 ½ Millionen Francs.

London, 5. Dec. Nachm. 3 Uhr. [Anfangs-Course.] Consols 93 ¾, Amerikaner 71 ½, Italien. Rente 46 ½.

London, 5. Dec. Amerikaner 71 ½, Consols 93 ¾.

Berlin, 5. Dec. Amerikaner 71 ½, Consols 93 ¾.

Frankfurt a. M., 5. December, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Schlüss-Course: Wiener Wechsel 98 %. Österreich. 5 % Anleihe von 1859 60%. Österreichische National-Anleihe 54 %. 5 % Metalliques 46%. Österreich 5 % steuerl. Anleihe 49. 4 ½ % Metalliques 41%. Finnlandische Anleihe —. Neue Finnlandische 4 ½ % Bondbriefe —. 6 % Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 7 ½%. Österreich. Bank-Anteile 667. Österreich. Credit-Acien 177%. Darmstädter Bank-Acien 204. Rhein-Nahebahn —. Meiningen Credit-Acien —. Österreich-Franz.-Staatsbahn 239. Österreichische Eisenbahn 115%. Böhmisches Westbahn —. Ludwigsbahn-Betrieb 154. Hessische Ludwigsbahn 127%. Darmstädter Zettelbank 245%. Kurhessische Post 54%. Badische Brüder-Anleihe 98%. Neue Badische Brüder-Anleihe 95%. Badische Post 51. 1854er Post 62%. 1860er Post 70. 1864er Post 74%. Neue Spanier —. Matt und unbelebt.

Frankfurt a. M., 5. December, Abends. [Effecten-Societät.] Leipziger Amerikaner 75 ¼%. Credit-Acien 175%. Steuerfreie Anleihe 48%. 1860er Post 69 %. National-Anleihe 54 %. Staatsbahn 237%.

Wien, 5. December. [Abendbörse.] Credit-Acien 182, 00. Nordbahn 169, 70. 1860er Post 83, 00. 1864er Post 75, 90. Böhmisches Westbahn —. Franz-Josephs-Bahn —. Staatsbahn 243, 90. Galizier 205, 75. Steuerfreies Unleben —. Napoleon's Post 9, 72%. Lombarden 170, 00. Ungar. Credit-Acien —. Sehr bewegt.

Hamburg, 5. December, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Schlüss-Course: Hamburger Staats-Prämiens-Anleihe 85. National-Anleihe 56. Österreich. Credit-Acien 75%. Österreich. 1860er Post 69 %. Staatsbahn 505. Lombardie 351 %. Italienische Rente 44 %. Vereinsbank 110%. Norddeutsche Bank 118%. Rheinische Bahn 118%. Nordbahn 95 %. Altona-Kiel —. Finnland. Anleihe 81. 1864er Post. Brüder-Anleihe 95 %. 1866er Post. Brüder-Anleihe 90 %. 6 proc. Verein. St. Anleihe pr. 1882 69 %. Disconto 3 %.

Hamburg, 5. Decbr. Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Gericke-de Marti] Locogtrete lustlos und sehr still. Weizen auf Termine fest, per Decbr. 5400 Pfd. Netto 167 Bantibaler Br., 166 Glo., per Decbr. Jan. 165 Br., 164 ½ Glo. Roggen pr. Decbr. 5000 Pfd. Brutto 132 Br. u. Glo., pr. Decbr. Jan. 132 Br., 131 Glo. Hafer sehr still. Rübsäule still, loco 22%, pr. Mai 23%. Spiritus sehr still, 29. Kaffee rubig. Zink geschäftslös.

Antwerpen, 5. Decbr. Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt] (Schlußbericht). Fest. Hassia. Lippe weiß, loco 44 ½—45 bez., 45 Br., pr. Decbr. 45 Br., pr. Januar 45 Br.

Liverpool, 5. December, Mittags. Baumwolle: 15,000 Ballen Umtak. Preise steigend. New Orleans 7 %. Georgia 7 %. Fair Dohlerah 6%. Middle fair Dohlerah 5 %. Good middling Dohlerah 5 %. Bengal 4 %. Good fair Bengal 5 %. Fine Bengal —. New fair Domra 6. Fair Domra —. Good fair Domra 6 %. Pernam —. Egyptian —. Smyrna —. Schwimmende Orleans 7 %.

Berlin, 5. Decbr. Die Börse kann einer gewissen Verschämung nicht Herr werden, und scheint nur für diejenigen politischen Nachrichten ein Ohr zu haben, welche sich von Conjecturisten in ungünstigem Sinne deuten lassen. Anerntlich macht sich das auf dem Speculationsmarkt geltend, der gleich ansänglich in schwacher Haltung, später durch die Meldungen aus Wien, die von Panique sprechen, wenn gleich nicht von wesentlich niedrigeren Coursen begleitet, noch mehr in Mitleidenschaft gezogen wurde. Ein ziemlich reger Verkehr herrschte dabei in Lombardie, die anfänglich bis nahezu 1 % höher bezahlt wurden, um indeß ½ unter gestrigem billigster Notiz zu schließen. Man wollte wissen, daß die dabei interessirenden großen Finanzkräfte die Coursetbewegung fördern, vielleicht auch wurde bemerkt, daß Franzosen, welche weitgehend verkehrten, gegen Lombarden vertauscht wurden. Österreichischer Credit drückte sich ebenfalls stärker bei ziemlichen Umsätzen, Ital. Rente hielt sich